

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien

63. Sitzung
3. Dezember 2025

Beginn: 09.33 Uhr
Schluss: 11.46 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Vorsitzender Andreas Otto: Wir treten ein in den neuen Tagesordnungspunkt

Punkt 1 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0222](#)
Zusammenarbeit der Berliner Bezirke und der BuEuMe
Nachbargemeinden in Fragen von Infrastruktur und
Wohnungsmarkt
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Wir haben diesen Tagesordnungspunkt vorgezogen, weil wir einen Gast haben, Herrn Rubelt. Herzlich willkommen! – Er hat eine Stunde Zeit für uns und darum gebeten, dass das um 9.30 Uhr ist. Deswegen machen wir das an dieser Stelle. – Ich will Sie noch einmal förmlich begrüßen, Herr Rubelt. Sie sind stellvertretender Vereinsvorsitzender und stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe West beim Kommunalen Nachbarschaftsforum Berlin-Brandenburg, abgekürzt KNF, und wenn Sie das nicht sind, sind Sie Beigeordneter in Potsdam in der Stadtregierung.

Der Ablauf von solchen Anhörungen hier ist folgendermaßen: Es wird eine kurze Begründung seitens der einreichenden Fraktion geben. Dann fragen wir den Senat, was er von der ganzen Sache hält. Der kann sich äußern, muss es aber nicht, das wird er sich überlegen, und dann sind Sie an der Reihe mit einem einführenden Statement von fünf bis zehn Minuten. Dann machen wir eine Fragerunde einmal durch die Fraktionen. Bei drei Minuten weise ich die Damen und Herren immer darauf hin, dass die Zeit um ist. Dann kommen wir zu einer Antwortrunde mit Ihnen, und dann ist die Stunde vermutlich auch schon um. Das ist der Ablauf. – Wir machen von solchen Anhörungen in der Regel ein Wortprotokoll, und ich sehe dazu auch Zustimmung. – Es folgt jetzt die Begründung seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und die hat mich als Mitglied der Fraktion gebeten, das hier zu begründen. Insofern springe ich jetzt mal kurz aus der Rolle des Vorsitzenden heraus.

Andreas Otto (GRÜNE): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema der Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg haben wir hier mehrfach diskutiert. Wir haben uns über gemeinsame Kabinettsitzungen ausgetauscht, über große Themen. Wir haben heute auch noch die parlamentarische Konferenz auf der Tagesordnung. In diesem Fall wollen wir uns an die Basis der Zusammenarbeit begeben: Wir haben circa 40 Staatsverträge zwischen Berlin und Brandenburg, und die haben Auswirkungen und bringen Ermöglichkeiten. Es geht zum Beispiel darum, wie wir eine gemeinsame Krankenhausplanung machen, es geht um die gemeinsamen Gerichte und um kleine Sachen wie Schul- oder Kindergartenbesuche im anderen Bundesland. All das haben wir über Staatsverträge geregelt. Wir wollen heute mal hören – und dazu haben wir Herrn Rubelt aus Potsdam eingeladen –, wie eigentlich die Zusammenarbeit an der Basis funktioniert zwischen dem Bezirk und der Nachbargemeinde, zwischen der Stadt Potsdam und den angrenzenden Bezirken Steglitz-Zehlendorf, Spandau, Tempelhof. All diese Sachen wollen wir hier beraten, und deswegen freuen wir uns sehr, dass das zustande kommt, und dass wir hier vielleicht ein paar Anregungen erhalten: Was ist zu tun? Wo hakt es? Was kann noch verbessert werden? Wo ist diese Zusammenarbeit noch verbesserungswürdig? – So weit zur Begründung. Jetzt springe ich wieder in die Rolle des Vorsitzenden.

Vorsitzender Andreas Otto: Ich frage kurz den Herrn Staatssekretär: Möchten Sie an der Stelle etwas sagen? – Das ist nicht der Fall. Dann würden wir zu Ihnen kommen, Herr Rubelt. Sie haben eine schöne Präsentation mitgebracht und erhalten das Wort.

Bernd Rubelt (Kommunales Nachbarschaftsforum Berlin-Brandenburg e. V. – KNF –; stellvertretender Vereinsvorsitzender): Vielen Dank! Ich möchte mich auch im Namen des Vorstands bedanken, dass wir dieses Anliegen hier einbringen können.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich freue mich sehr, dass das auch bei Ihnen von Interesse ist. Insofern habe ich einen Folienvortrag mitgebracht, an den ich mich aber nicht strikt halte. Es ist aber, glaube ich, wichtig, dass Sie diese Gebietskulisse mal visualisiert bekommen. Das ist sehr wichtig für die Arbeit. Wir sind schon seit mehr als 30 Jahren tätig, allerdings erst seit 2020 als Verein.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Diese erfolgreiche, zunächst informatorische Zusammenarbeit ist in den letzten fünf, sechs Jahren deutlich enger geworden. Wir pflegen einen wirklich sehr guten Dialog auf Augenhöhe; das ist zwischen den kommunalen Ebenen sehr wichtig. Da gibt es nicht die Unterscheidung zwischen Groß und Klein. Das gestattet sich auch nicht für die Landeshauptstadt Potsdam. Man muss die Dinge in der Region wirklich sehr direkt, auch kooperativ bearbeiten. Wir sind mittlerweile ein fester Bestandteil der politischen Landschaft in beiden Ländern geworden und auch ein anerkannter Ansprechpartner mit einem sehr fachlichen Hintergrund. So viel Fachkompetenz in den Kommunen ist schon ein wirklich starkes Sprachrohr. Wir sind auch Interessenvertreter: Durch die Vereinsgründung haben wir eine etwas andere Rolle bekommen. Wir haben uns verbindlicher gemacht, auch was die finanziellen Beiträge angeht. Dafür müssen alle Mitglieder einstehen. Ich halte es für sehr wichtig, dass wir dadurch so konkret eine Eigenständigkeit bekommen haben. Wir entwickeln gemeinsame Stellungnahmen, gemeinsame Leitvorstellungen zur räumlichen Entwicklung.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Der Raum, um den wir uns im Schwerpunkt kümmern, sind alle Bezirke und die Umlandkommunen. Es kann sicherlich noch der eine oder andere Landkreis mehr werden. Es sind zurzeit vier Landkreise, zehn Bezirke, die Stadt Berlin als Stadtgemeinde und 31 Städte und Gemeinden in Brandenburg. Das ist schon eine Größenordnung. Knapp fünf Millionen Einwohner leben in diesem Raum. Unser Credo ist: Wir haben zwar viele Grenzen in diesem Raum, aber wir reden eher über das Gemeinsame und nicht das Trennende in diesem Raum. Das hat sich in den letzten Jahren sehr bewährt und auch zur Vereinsgründung geführt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir sind – das ist eine Besonderheit – offen für die Partner im Raum, in den beiden Ländern. Das sind die IHKen, der Flughafen, regionale Planungsgemeinschaften, auch der VBB ist ein wichtiger Partner. Auch die gemeinsame Landesplanungsabteilung ist ein ganz wichtiger Partner. Wir besprechen aber auch die Frage, wie wir mit den Grünflächen umgehen – die Regionalparks sind Partner. Das fördert tatsächlich auch außerhalb der kommunalen Verwaltungen die Diskussion. Das ist sehr wichtig für uns und bringt auch immer wieder Input.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben mittlerweile eine ganz feste konstituierende Arbeit als Vorstand. Wir arbeiten teils räumlich, in vier Teilräumen. Das hat sich aufgrund der Größe des Raums und der unterschiedlichen Interessen so ergeben. Wir haben, ganz wichtig, Anliegengruppen, in denen wir ganz konkrete Themen bewältigen – vom Wohnen bis hin zum Verkehr, aber auch Energie und Wasser sind wirklich sehr wichtige Anliegen, die wir gezielt in solchen Gruppen weiterentwickeln und dann häufig auch zu Themen von Jahreskonferenzen machen. Wir hatten jetzt eine Jahreskonferenz, die sich im Schwerpunkt mit dem Thema Wasser beschäftigt hat. Wir werden auch im nächsten Jahr wieder ein Jahresthema belegen: Das ist das Thema Wohnen, ein weites Feld, aber wir wollen das ein Stück strukturieren, weil wir als Kommunen das als eines der wichtigsten kommunalpolitischen Themen der Zeit sehen, mit großer Raumwirkung.

Wir haben sehr viele Workshops und Netzwerkaktivitäten, und wir werden durch eine externe Geschäftsstelle geführt, die wir beauftragen. Wir arbeiten sehr gut mit der Senatsverwaltung und mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung zusammen, mit der GL.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Den überordentlichen Entwicklungsrahmen brauche ich Ihnen, glaube ich, nicht so sehr nahezubringen, aber es ist immer wichtig zu betonen, dass die Raumordnung, der LEP HR, für uns nicht in Frage gestellt wird, sondern ein Rahmen ist, in dem wir gestalten können. Das ist ein ganz wichtiger Hintergrund, gerade, wenn man in den ländlichen Raum hineinschaut. Wir wollen keine neuen Ansprüche formulieren, was die Raumordnung angeht, sondern konkret die Arbeit gestalten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was sind die zentralen und über die Jahre wichtigsten Themen? – Das ist Mobilität, Wohnen, Freiraum, Grünräume, aber auch Wirtschaft ist als eigenständiges Thema benannt, und das Thema Wasser – Schrägstrich – Abwasser hat sich in den letzten Jahren aufgrund des Klimawandels, der Situation in Stadt und Land, als ganz bedeutsames Konfliktthema herausgestellt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wie gestalten wir unsere Aktivitäten? – Wir haben zum Beispiel eine Studie für den Berliner Außenring beauftragt. Das ist ein sehr wichtiges Projekt. Wir reden immer über Wohnen und Infrastruktur, und der Berliner Außenring ist eine vorhandene Infrastruktur. Er wird aber nicht als solche für die infrastrukturelle Entwicklung im Raum genutzt. Dafür haben wir eine Studie vorgelegt, selbst beauftragt, und die ist in den nächsten Jahren für uns weiterentwicklungsfähig. Wir wollen dort in Teilräumen die Entwicklung von einzelnen Knotenpunkten weiter analysieren und Impulse geben.

Dann gibt es beispielsweise ein Modellprojekt zur Regulierung des Wasserhaushaltes: Hier sehen wir ein ganz großes Feld der Arbeit für den KNF, am Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Potsdam und dem Bezirk Spandau. Wir haben einen gemeinsamen See. Der verliert zunehmend Wasser – mittlerweile ist es bis zu ein Meter Verlust an Wasserstand –, und wir beraten jetzt gemeinsam. Weil der See nun mal beiden Seiten zugesprochen ist und wir unterschiedliche Interessen haben, ist es sehr wichtig, einen Prozess anzustoßen. Hier haben wir eine Machbarkeitsstudie beauftragt, und der KNF – das ist wichtig in diesen Zeiten – kriegt 100 Prozent Förderung. Die Mittel für diese Machbarkeitsstudie werden zu 100 Prozent gefördert. Kommunen würden einzeln nur 80 Prozent kriegen. Das heißt, wir sehen als Verein mittlerweile eine Managementfunktion, dass man so Konflikte besser moderieren kann.

Es gibt aber auch andere Themen. Entlang der Anhalter Bahn ist zum Beispiel die Frage, wie dort die Interessen vertreten werden und wie man ein gemeinsames regionales Verständnis für solche Infrastrukturprojekte schafft. Aber es geht auch um das Thema Energie – ein sehr wichtiges Feld, in dem die Bedingungen in Stadt und Land sehr unterschiedlich sind. Das KNF ist sehr daran interessiert, dass man einen Interessenausgleich und auch die Konfliktlösung durch unsere Projekte aktivieren kann.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das Leitbild ist das größte Projekt. Seit wir vereint sind, haben wir sehr hart daran gearbeitet, ein gemeinsames Leitbild zu entwickeln. Das ist, glaube ich, für Sie ein ganz interessanter Einblick in unsere kommunale Arbeitsentwicklung. Wir sehen da natürlich die Möglichkeit, dieses Leitbild in den nächsten Jahren fortzuentwickeln. Schwerpunkt – das wird nicht überraschen – ist die Frage, wie ein Netzwerk entsteht, wie wir die Region infrastrukturell besser vernetzen können. Wir sehen aber auch ein Gleichgewicht in Gefahr zwischen Urbanität und Landschaftsraum, und da wollen wir Schwerpunkte und Impulse setzen, damit zwischen den Siedlungsachsen genügend Freiräume entwickelbar bleiben – Stichwort produktive, resiliente Region. Das ist etwas, das uns sehr beschäftigt, ein Ausgleich zwischen den Stadt- und Länderräumen. Es ist auch ein sehr identitätsstiftendes Thema. Die Einzigartigkeit und Schönheit der Region ist uns sehr wichtig. Jenseits aller Grenzen wollen wir diese Qualität in der Region erhalten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das sind unsere Zukunftsaufgaben. So haben wir das geprägt und im letzten Juli, im Sommer, in Potsdam auf der Freundschaftsinsel gemeinsam einstimmig beschlossen. Insofern haben wir nach fünf Jahren Werdungsprozess einen tollen Impuls für das KNF gesetzt, und ich freue mich, dass wir das auch hier bei Ihnen im Ausschuss so vortragen können. – Das erst mal als Input, und ich freue mich auf Ihre Fragen.

Vorsitzender Andreas Otto: Herzlichen Dank! Das war ein guter Einstieg, um mal kennenzulernen, wer da eigentlich was tut, und das war bestimmt für viele hier neu. – Gibt es eine Redeliste? – Dann würde ich mal für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit ein paar Fragen und Bemerkungen anfangen. – Wir machen es so: Wir sammeln die Fragen, und Sie sind gebeten, sich die zu merken oder zu notieren.

Andreas Otto (GRÜNE): Sie haben schon gesagt, welche Themenfelder es so gibt. Der Wohnungsbau kam da vor; Wohnungsbau ist ein Thema. Jetzt ist es so: Man ist natürlich auch immer in Konkurrenz. Wir sind zwei verschiedene Bundesländer, und der Berliner Finanzsenator möchte gerne, dass alle, die in Berlin arbeiten, auch hier wohnen. Das machen die aber gar nicht alle, sondern es wohnen auch welche im Umland, zum Beispiel in Potsdam. An den Stellen, an denen Bezirke und andere Kommunen zusammenstoßen, gibt es manchmal, jedenfalls für meine Begriffe, nicht so ganz eine Klarheit, ob das ein gemeinsamer Raum ist. Ich bin ein Pankower Abgeordneter, und mir fällt auf, dass Buch und Panketal ineinander übergehen, und da ist die Frage, wie eine gemeinsame Betrachtung ist. Ich weiß, es gibt zum Beispiel keine gemeinsamen Bebauungspläne. Die enden immer an der Landesgrenze. Wie ist da Ihre Erfahrung? Wie macht man das? Wäre es schlauer, zum Beispiel solche übergreifenden Planverfahren zu erfinden? Was müsste man dafür tun?

Ähnlich ist das manchmal bei der Schulplanung. Wir haben häufig das Begehren, dass Familien sagen, meine Kinder sollen in die nächste Schule, und die ist dann im anderen Bundesland. Das ist jetzt geregelt, aber bei der Planung von Schulen ist es, glaube ich, nicht geregelt. Wie macht man das da? Haben Sie da vielleicht Anregungen für uns?

Zum Leitbild: Sie haben die Veranstaltung auf der Insel angesprochen. Ich bin dagewesen. Sie hatten Herrn Schumacher von der Morgenpost eingeladen. Der hat dort eine schöne Rede zu diesem Leitbild gehalten. Da wollte ich gerne wissen, was Sie denken, was aus diesem Leitbild möglicherweise an Aufgaben für uns erwächst. Entsteht dadurch zum Beispiel der Bedarf nach neuen Staatsverträgen für Themen, für die es bisher keine gibt, oder ist der Rahmen ganz gut abgesteckt mit den – ich hatte es vorhin gesagt – circa 40 Staatsverträgen, die wir haben, um Dinge zu regeln?

Vielleicht noch eine letzte Frage zum Thema gemeinsame Behörden. Etwas ganz Einfaches, das einem einfällt: Wenn Sie in Panketal wohnen, können Sie nicht in Buch oder in Karow auf dem Bürgeramt einen Ausweis bestellen – warum ist das eigentlich so? –, und umgekehrt auch nicht. In Panketal ist die Schlange nicht so lang, weiß ich zufällig. Vielleicht würden die Leute lieber dort hingehen. Es geht also um solche ganz einfachen Sachen – ein gemeinsames Bundesland haben wir nicht, das ist bisher nicht zustande gekommen –, die in der Zusammenarbeit eigentlich möglich sein müssten. Wir haben alle Computersysteme. Möglicherweise hat jede Kommune ein anderes, das weiß ich nicht. Sind solche Dinge, Services am Bürger, denkbar, dass man die vereinheitlicht und zusammenarbeitet? – Damit höre ich erst mal auf.

Vorsitzender Andreas Otto: Ich habe eine Redeliste generiert, und da ist als Nächster Herr Dr. Bronson für die AfD-Fraktion drauf.

Dr. Hugh Bronson (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Rubelt, für Ihren Vortrag! Ich komme auf ein Thema zu sprechen, auf das ich immer zu sprechen komme, wenn hier ein Kollege ist, der die Zusammenarbeit mit Brandenburg vorstellt, und zwar geht es um die leidige Fusion von Berlin und Brandenburg. Nun vertreten Sie eine Region, die Metropolregion und Hauptstadtregion ist. Die geht ein bisschen weiter als Berlin und umfasst die ganzen Gemeinden, die drum herum sind mit, wie Sie sagten, 17 Millionen Einwohnern, wenn ich das richtig – – [Zuruf] – Fünf, Entschuldigung, ein bisschen zu weit vorgegriffen. Was glauben Sie denn: Wie wäre die Stimmung? Was wäre denn die Ausgangslage, wenn man diesen Versuch noch einmal starten würde, der schon einmal gescheitert ist? – 1996 war das, glaube ich. Man hat einen Staatsvertrag ausgehandelt. Das alles wurde auch schon von den Parlamenten verabschiedet und so weiter. Man war auf dem richtigen Kurs, und dann sagten die Brandenburger vehement, nein, das wollen wir nun doch nicht. Meinen Sie, dass sich in der Zwischenzeit so viel geändert hat in Brandenburg –, nicht nur in Ihrer Region, sondern in Brandenburg grundsätzlich, denn das Land ist ja durchgestartet. In den Neunzigern war es mal Schlusslicht in vielen Bereichen, aber es hat jetzt Geschwindigkeit aufgenommen, und wir können sehen, dass Brandenburg auch sehr gut alleine klar kommt, wie es so schön heißt. Aber meinen Sie, dass ein weiterer Versuch, hier das fünftgrößte Bundesland zu schaffen, eine Aussicht auf Erfolg hätte, oder würde man wieder mit dem gleichen Widerständen rechnen müssen, sodass die Sache einfach beendet werden würde? Das würde mich schon interessieren. Wir wissen alle, es gibt den Speckgürtel. Es gibt unheimlich viele Pendler von Berlin nach Brandenburg und umgekehrt. Wir alle beklagen, dass es verschiedene Gremien gibt, die im Grunde genommen über das Gleiche diskutieren. Das wurde schon von Herrn Otto angesprochen: Bebauungspläne enden an der Stadtgrenze. Wir haben ein Statistikamt, das vielleicht besser arbeiten könnte, und natürlich den rbb, der eine ganz andere Stellung hätte, wenn es zu einer Fusion kommt. Die Liste ist lang, und ich würde gerne von Ihnen wissen wollen, wie Sie das einschätzen, wenn man das noch einmal anstoßen würde. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Als Nächstes ist dran Herr Schatz für die Linksfraktion.

Carsten Schatz (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Rubelt, für die Vorstellung des Kommunalen Nachbarschaftsforums! Sie haben in Ihren einleitenden Bemerkungen darauf hingewiesen, dass ein Großteil Ihrer Arbeit darin besteht, Konzepte und Studien zu erarbeiten, und zwar vor dem Hintergrund – der sicher nicht ganz unwichtig ist –, dass solche Studien zu 100 Prozent gefördert werden, wie Sie gesagt haben. Nun stellt sich mir die Frage, welchen Output diese Studien am Ende haben: Wo fließen die in Politikbildungsprozesse ein? Wo finden sie Eingang in beispielsweise die Gemeinsame Landesplanung? – Ein bisschen kann man das bei der Studie nachverfolgen, die es 2016 zu aktuellen Wohnungsbaupotenzialen für den Stadt-Umland-Zusammenhang von Berlin und Potsdam einschließlich des gesamten KNF-Raums gab. So war der Titel wohl. Da ist ein bisschen was eingeflossen: Das Sternkonzept hat dort seinen Ursprung, aber mich interessieren noch andere Sachen. Es wäre ganz schön, wenn Sie da noch ein paar Beispiele nennen könnten.

In dem Zusammenhang ist natürlich spannend: Sie haben gesagt, Sie kooperieren mit der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung – die war mit genannt –, aber mich interessiert eher noch, wie diese Zusammenarbeit konkret aussieht. Gibt es einen regelmäßigen Austausch, und bei welchen Themen konnten aus Ihrer Sicht Konflikte, wie Sie so schön sagten, besser moderiert oder vielleicht sogar vermieden werden? – Vielleicht nur zum Hintergrund: Es gibt auf der Internetseite des KNF eine Unterseite zur Gemeinsamen Landesplanung, aber da steht leider nichts. Deshalb frage ich.

Sie sagten, eines der aktuellen und wahrscheinlich in den nächsten Jahren noch wichtiger werdenden Themen ist das Thema Wasser, und Abwasser gehört dazu. Wir wissen, dass die Kabinette vorhatten, auf ihren gemeinsamen Kabinettsitzungen beim Thema Abwasser voranzukommen. Dazu sollte eigentlich in Berlin schon eine AG eingerichtet werden. Vielleicht wissen Sie darüber etwas, ob die schon eingerichtet wurde, und ob Sie da einbezogen sind. Zumindest sollten Kommunen einbezogen sein, aber vielleicht war das ja auch Thema im KNF. Konkret geht es darum, dass Berlin ein weiteres Klärwerk braucht. Zumindest ist der Stand jetzt so, dass es wohl eine Standortentscheidung oder eine Vorentscheidung für Grünheide gibt, und da interessiert mich, ob das Thema im KNF war. Ist es dort diskutiert worden?

Last, but not least würde mich interessieren, wie Sie sich vorstellen könnten, dass die Mitwirkung des Kommunalen Nachbarschaftsforums trotz fehlender rechtlicher Kompetenzen verbessert werden könnte. Haben Sie in dem Zusammenhang Wünsche an die Landesregierung beziehungsweise an die Landesparlamente? – Das kann ja manchmal ganz hilfreich sein. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Als Nächstes ist dran Herr Kraft für die CDU-Fraktion. Ich gehe davon aus, dass Sie hier heute vertreten und heiße Sie herzlich willkommen! Sie haben das Wort.

Johannes Kraft (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank für den Hinweis! – Ich kann im Prinzip nahtlos anknüpfen an das, was der Kollege Schatz gesagt hat. Als jemand, der viele Jahre in Pankow Kommunalpolitik gemacht hat und der jetzt einen Wahlkreis hat, den einzigen Wahlkreis, der auch außerhalb des Autobahnringes liegt, beschäftigt mich das Thema KNF tatsächlich schon eine ganze Weile, und das, was Herr Schatz angesprochen hat, bewegt mich auch wirklich intensiv.

Ich will mal ein Beispiel machen: i2030 ist die gemeinsame Planung der Länder Berlin und Brandenburg, was ein guter Ansatz ist. Mir fällt auf, dass da die kommunalen Interessen der Umlandgemeinden, aber auch der einzelnen Bezirke – wie gesagt, das ist mein persönlicher Eindruck – manchmal ein bisschen zu kurz kommen. Insofern wäre die Frage, inwieweit bei solchen größeren Projekten, die strategisch und sehr langfristig angelegt sind, das Kommunale Nachbarschaftsforum beteiligt ist.

Das zweite Thema hat auch mit Verkehr zu tun, und auch das wurde schon adressiert: Es geht mir um Stadt-Umland-Verkehre. Wir haben über 430 000 Ein- und Auspendler – ich glaube, das waren die letzten Zahlen –, die jeden Tag – egal, ob mit dem Auto oder mit dem ÖPNV – die Landesgrenze überschreiten. Wenn man diese Verkehre etwas besser sortieren könnte, hätten alle etwas davon. Jetzt gibt es gerade die Entscheidung des VBB, das Ticket für die Tarifzone BC abzuschaffen. Sind das Dinge, in die Sie involviert sind, erstens, und zweitens, würden Sie sich wünschen, dass Sie stärker in solche Sachen involviert werden?

Ein weiterer Punkt: Es gibt häufig Dinge, bei denen Genehmigungsverfahren über Landesgrenzen hinaus laufen. Ein Beispiel ist der Rettungshubschrauber Christoph 100 am Heliosklinikum in Buch, wo die Gemeinde Panketal als Träger öffentlicher Belange beteiligt war, auch Schwanebeck und der Bezirk Pankow. Finden da Abstimmungen statt? – Mein Eindruck war, sie finden nicht statt. Sie sollten aber sinnvollerweise stattfinden. Könnten Sie sich als KNF vorstellen, das ein bisschen zu koordinieren, denn das, was wir dort erlebt haben, hat mich ehrlicherweise wirklich erschreckt, auch die Kommunikation mit der Oberen Luftfahrtbehörde, die eigentlich als schönes Beispiel dienen könnte, denn das ist etwas, wo die Länder gemeinsam etwas tun könnten. Die Obere Luftfahrtbehörde ist bei der Senatsverwaltung angesiedelt. Nichtsdestotrotz scheint mir da sehr viel Spielraum für eine bessere Koordinierung, für eine bessere Abstimmung und damit auch für ein besseres Miteinander zu sein.

Lange Rede, kurzer Sinn: Aus meiner Sicht gibt es viele Beispiele, bei denen man sich besser abstimmen könnte. Anlehnend an das, was Kollege Schatz gesagt hat, frage ich: Können Sie uns konkrete Hinweise geben, was Sie sich wünschen würden, so Sie die Einschätzung teilen, dass man sich besser abstimmen sollte? Was können wir konkret tun? Was können im Zweifel die Brandenburger Kollegen tun, damit eine engere Vernetzung da ist?

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Weiter geht es mit Herrn Häntsch, ebenfalls für die CDU-Fraktion.

Stefan Häntschi (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Danke auch, Herr Rubelt, für Ihre Ausführungen! Vieles ist mittlerweile schon angesprochen worden – das ist immer das Los, wenn man der Vierte in der Rednerliste ist –, aber ich möchte trotzdem noch zwei Dinge hervorheben. Das eine ist das Thema Wasser, und das andere ist auch noch mal das Thema Verkehr.

Berlin ist aufgrund seiner geografischen Lage das einzige Bundesland, das mitten in einem anderen Bundesland liegt, nur eine einzige Grenze zu einem anderen Bundesland hat und auch aus der Stadtstaatenrolle heraus noch eine ganz besondere Position einnimmt. Das heißt, gerade was das Thema Wasser angeht, sind wir natürlich extrem davon abhängig, wie die Planungen auf Landesebene in Brandenburg laufen. Wenn das Wasser in der Spree verknapppt wird, um den Ostsee volllaufen zu lassen, wirkt sich das natürlich auch in Berlin aus. Das, was Sie mit dem See ansprachen, sind wichtige Themen – ich nehme an, da geht es um den Glienicker See, ich wohne da nämlich, von daher beobachte ich das, wenn die Anlegestellen plötzlich im Freien liegen und nicht mehr im Wasser. Diese Themen müssen in der Tat gemeinsam gelöst werden, denn ein Bundesland alleine kann es nicht. Die Kommunen alleine können es auch nicht, schon aufgrund beschränkter finanzieller Mittel und auch aufgrund des Problems der Zuständigkeiten. Insofern ist das also eine ganz wichtige Aufgabe, die Sie dort haben und die wir nicht hoch genug schätzen können.

Zum Thema Infrastruktur und Straßen – Kollege Kraft hatte es eben ja schon angesprochen, und Kollege Schatz auch: Ich fahre jeden Tag die Heerstraße herunter. Wenn man die ganzen Pendlerverkehre nimmt, die jeden Tag in die Stadt hineinfließen, und sich das noch mal anguckt, ist es so, dass die Verkehre nach Berlin hereinfließen, aber sie fließen nicht wieder raus, zumindest nicht zur Berufsverkehrszeit. Das heißt, die Leute kommen nach Berlin rein, um hier zu arbeiten. Wir stoßen immer wieder auf den Punkt, dass Infrastrukturplanungen jeweils bis zur Landesgrenze gemacht werden, und dann hören sie auf. Mein Beispiel, das ich auch in einer unserer letzten Diskussionen, die wir hier im Ausschuss hatten, angesprochen hatte, ist das große Wohnbauprojekt in Krampnitz im Bereich Potsdam Nord, das dort mit, glaube ich, 10 000 Wohneinheiten entsteht, im Moment noch ohne einen richtigen ÖPNV-Anschluss. Es wird einer kommen, eine Straßenbahn, die dann nach Potsdam fährt, aber ich wage mal zu prognostizieren, dass ein Großteil der Menschen, die dort wohnen und dann zur Arbeit fahren, nicht nach Potsdam wollen, sondern nach Berlin reinpendeln. Sie pendeln dann über die Potsdamer Chaussee bis zur Heerstraße und versuchen dann, weiter in die Stadt zu kommen. Die Heerstraße nimmt die Verkehre jetzt schon kaum auf, die Potsdamer Chaussee ohnehin nicht. Zu Berufsverkehrszeiten braucht man eine halbe Stunde, um nur die Potsdamer Chaussee herunterzukommen. In den Verkehrsnachrichten wird das schon gar nicht mehr erwähnt.

Das sind natürlich alles Dinge, die geplant werden müssen und die auch gemeinsam gedacht werden müssen. Es hilft nichts, wenn in Brandenburg in Potsdam Nord ein Wohngebiet entsteht und man sich keine Gedanken darüber macht, wohin die Menschen später einpendeln werden. Da hilft es auch nichts, wenn ich sage, ich baue eine Straßenbahn und baue sie nach Potsdam, wenn ein Großteil aller Voraussicht nach, nach allen Prognosen, genau in die andere Richtung fahren wird. Das sind also Dinge, die gemeinsam in einer Landesplanungsgesellschaft gedacht werden müssen. Da, glaube ich – das ist zumindest mein Gefühl –, kommen die Gemeinsamkeiten noch zu kurz. Daher meine Frage: Wie sind Sie dort als Kommunales Nachbarschaftsforum mit eingebunden? Werden Sie proaktiv gehört, oder müssen Sie sich mehr oder weniger in diese Sachen hineindrängen und sagen, ich habe hier auch noch etwas

zu sagen? Oder geht man von vornherein schon an Sie heran und sagt, Sie sind die Experten, Sie bündeln diese Interessen, und wir fragen Sie, wenn wir diese Planung machen, sodass nicht mehr Straßen auf der einen Seite aufhören und auf der anderen Seite nicht fortgeführt werden können? – Ich habe das Zeichen des Vorsitzenden gesehen und komme damit auch zum Ende. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Die Redeliste ist erschöpft. Insofern sind wir jetzt wieder bei Ihnen, Herr Rubelt, und hoffen, dass Sie all diese Fragen, die in der Vielzahl gestellt wurden, beantworten können. – Bitte sehr!

Bernd Rubelt (Kommunales Nachbarschaftsforum Berlin-Brandenburg e. V.): Ich kann nicht alle Fragen beantworten. Bei der Frage zur Länderfusion enthalte ich mich einer Meinung oder einer Einwendung. Ich würde eher daraus schließen, dass es wichtig ist, dass wir als Verein und als Kommunen vor Ort Lösungen finden. Die anderen Diskussionen, die sich da drumherum ranken und daraus ergeben, sind für uns nicht der praktische Arbeitsmodus, da gehen wir nicht ran.

Die letzte Frage würde ich zuerst beantworten wollen, die illustriert nämlich relativ gut, wie wir im KNF arbeiten. Krampnitz ist eine Entwicklungsmaßnahme, bei der ich in der Personenidentität bin; ich bin verantwortlich für das Entwicklungsquartier in Potsdam. Wir haben seit fast acht Jahren eine regelmäßige Information über diese Entwicklung in unseren Arbeitsgremien und dadurch auch die Möglichkeit zu reagieren. Wir als KNF haben Verkehrsuntersuchungen für die Region beauftragt und dadurch die Grundlage geschaffen, dass mehr Akzeptanz da ist. Das heißt nicht, dass wir sofort auch Lösungen finden, aber wir sorgen erst mal dafür, dass Entwicklungen im Raum Akzeptanz bekommen oder auch Probleme erst mal deutlicher werden. Das ist unsere Rolle, und so nehmen wir sie auch wahr. Krampnitz ist ein Projekt, das in der Region durchaus sehr kritisch gesehen wurde. Da hat sich das Blatt deutlich verändert, weil wir durch Maßnahmen, durch Diskussionen auch mit dem Bezirk festgestellt haben, dass wir handlungsfähig sind. Wir können etwas gestalten, auch wenn jetzt nicht immer gleich alle Infrastrukturprojekte angestoßen sind. Ich komme gleich zu einem Stück Klarheit, was wir für Wünsche und Erwartungen haben, aber das, was wir kommunal bewegen können, ist, dass wir uns klarwerden: Was für raumstrukturelle Defizite gibt es? Was können wir tun, um das zu ermitteln oder auch, um Maßnahmen zu artikulieren? – Das haben wir mit dem Umfeld von Krampnitz gemacht. Dann redet man über Busspuren, über Expressbuslinien nach Spandau, die deutlich leistungsfähiger werden. Ein gemeinsames Konzept haben wir daraufhin im Raum entwickelt und haben durch die Kenntnis im KNF andere Dinge berücksichtigt, die vorher nicht im Potsdamer Plan waren, die dann, glaube ich, auch sehr wichtig zu diskutieren waren. Das nur zur Arbeitsweise.

Das bezieht sich auch auf das Thema Panketal: Dort sehen wir sehr große strukturelle Defizite, die man erst mal auch kommunikativ überwinden muss. Wir haben dort auch ein gemeinsames regionales Projekt gestartet und, glaube ich, deutlich gemacht, dass wir uns eine gemeinsame Entwicklung in diesem Raum wünschen und dass wir gemeinsame Ziele verfolgen. Nun hat leider die kommunale Seite auf der einen Seite, in Wandlitz, zunächst dagegen beschlossen, aber das Konzept, das der KNF macht, hat Bestand, denn es ist erarbeitet, und es zeigt, in welche Richtung wir gemeinsam gehen wollen. Das ist jetzt nicht sofort vom Tisch. Das ist, glaube ich, anders, als wenn der KNF das nicht erarbeitet hätte, dann würde man sich in dieser Frage, glaube ich, gar nicht mehr richtig fortbewegen können. So haben wir Raum-

vorstellungen artikuliert, haben das untersetzt und können recht gut an dieser Geschichte weiterarbeiten. Aber natürlich braucht es immer wieder die Akzeptanz; das ist, glaube ich, die größte Fragestellung, die wir haben.

Dann würde ich gerne zu der Frage kommen: Wie arbeitet man eigentlich grenzüberschreitend, wenn es um tägliche Bedarfe geht, wenn es um die Menschen geht, die mit der Grenze eigentlich nichts zu tun haben? – Auch den Unternehmen ist es relativ egal, ob wir meinen, da wäre eine institutionelle Grenze oder nicht. Das ist nicht deren Handlungsrahmen. Das wäre auch mein Wunsch und meine Bitte für das KNF, dass es tatsächlich um Standards geht, dass man sich aus diesen föderalistischen Abständen wieder annähern kann, dass man ähnliche oder gleiche Dinge entwickelt. Das fängt schon bei der Datenerhebung an: Es gibt dabei durchaus große Unterschiede. Es gibt auch in der Frage von Definitionen in der Raumordnung durchaus Unterschiede, wenn es darum geht, wie man etwas definiert. Diese Frage, wie man eine gemeinsame Annahme treffen kann, erleichtert unsere Arbeit enorm. Wenn wir erst mal die Daten sortieren müssen, wie sie in Berlin und in Brandenburg erhoben werden, hat man immer wieder Hürden im System.

Die Frage, ob man nicht gemeinsame Serviceleistungen anbieten kann, hängt auch an diesem Thema, dass man wirklich dann auch die gleichen Prozesse hat. Das ist eine sehr wichtige Aufgabe. Das geht in Richtung Staatsreform, sich zu überlegen: Braucht man noch 16 Bauordnungen, oder diskutiert man eher über einmütige Verhältnisse? – Der Bau-Turbo wird diesen Prozess durchaus noch mal beschleunigen, weil wir tatsächlich andere Prozesse bekommen, was möglicherweise auch die Entwicklung von Baugebieten angeht. Dort haben wir im KNF relativ früh in allen Teilräumen eine Diskussion angestoßen, um herauszufinden, wie man mit diesen auch verändernden Prozessen umgehen kann. Wichtig ist uns aber, dass wir uns gerade bei den Bürgerleistungen wünschen würden, dass man dort mehr gemeinsame Standards hat. Ob man dann in der Lage ist, solche Leistungen tatsächlich über Landesgrenzen hinweg anzubieten, kann ich nicht abschließend beantworten. Es ist, denke ich, sehr wichtig, dass einfach erst mal in diese Richtung diskutiert wird. Wir würden es begrüßen, wenn die Dinge sich stärker annähern.

Es gibt – das muss ich noch korrigierend sagen – auch Erfahrungen aus anderen Gebieten. Bremen ist ein ähnlicher Fall, in dem die Diskussion auch sehr leidig ist, die Landesgrenze auch da ist. Und ich war gestern in Wien: Die Wiener haben uns gefragt, ob wir mal miteinander kooperieren. In Wien ist das Thema auch da. Da gibt es das Bundesland Niederösterreich und die Stadt Wien – und, Sie werden es ahnen, enorme Hürden genau an der Grenze. Deswegen brauchen wir, glaube ich, diese Diskussion auf Landesebene, auf staatlicher Ebene zu sagen: Wir wollen gleiche Datenverhältnisse, gleiche Strukturen, ähnlich handeln, damit man das besser verbinden kann. – Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Aspekt.

Stichwort Wohnen: Wir sehen das mittlerweile als deutlich übergreifendes Thema. Es wird möglicherweise anders gewohnt, von der Dichte her, aber wir alle haben durch das Wachstum und die demografische Veränderung – das ist ein ganz wesentlicher Aspekt – gesehen, dass wir auch andere Antworten geben müssen. Wir müssen auch deutlicher über Grenzen hinweg das Thema Wohnen artikulieren und fragen: Wo kann welches Wohnen gut stattfinden? Wie sind dann vor allen Dingen die infrastrukturellen Bedingungen? – Das ist ein ganz zentraler Punkt. Man kann das Wohnen nicht entkoppelt von der Mobilität diskutieren, dann wären alle Wohn- und Verdichtungsfragen sehr festgelegt.

Wir als KNF würden uns wünschen, wir würden die Verkehrsinfrastruktur stärker weiterentwickelt bekommen. Das war auch ein Teil der Frage, wie wir involviert sind: Wir sind in diesen Strukturen als Kommunen beteiligt, so wir denn Träger dieser Aufgabe sind. Aber der KNF ist nur informatorisch beteiligt. Der VBB ist Teil des KNF und quasi als Informationsgeber da, aber dass wir solche Entscheidungen beeinflussen, ist nicht gegeben.

Das zeigt das Außenringthema: Keine der Institutionen in Berlin und Brandenburg wollte dieses Thema diskutieren. Ich halte es aber für wichtig für uns in den Kommunen, dass wir eine vorhandene Schieneninfrastruktur mit ausgebauter Technologie besser nutzbar machen. Denken Sie nur an den großen Wissenschaftsstandort in Golm und die ganze Vernetzung mit der Wissenschaftslandschaft in Berlin! Die meisten sagen: Wie komme ich denn da hin? Wie komme ich denn da weg? – Diese Fragen kann man nicht den Kommunen überlassen. Wir haben es gemacht, weil wir selbstbewusst genug sind zu sagen, dass wir diese Infrastrukturarbeit brauchen. Dann kann man auch noch mal anders über das Wohnen diskutieren, wenn die Verkehrswege in der gesamten Infrastruktur vertrauenswürdiger geworden sind. Es ist, glaube ich, auch unser Verständnis, wie man das gestaltet und wie man diese Zusammenarbeit weiter verdichtet. Wir können inhaltliche Hinweise geben, wo es wichtig wäre, dass wir eine bessere Zusammenarbeit bekommen, damit Dinge nicht an der Grenze aufhören.

Das Projekt i2030 – das möchte ich noch ergänzend erwähnen – beobachten wir sehr intensiv. Wir als KNF sind aber Beobachter, und wir sehen, dass dieser Prozess sehr langsam ist. Angesichts der Herausforderungen im Raum, was Wohnen und wirtschaftliche Entwicklung angeht, bedauern wir es sehr, dass es da immer wieder Zeitverzögerungen gibt. Ich will jetzt nicht aus der Potsdamer Perspektive nur über die Stammbahn alleine reden, aber es gibt viele Prozesse, in denen wir uns deutlich mehr Schwung und auch mehr Koordination wünschen. Es hat sehr lange gedauert, zu einer gemeinsamen Handlungsweise zu kommen. Wir als Kommunen sind aber letztendlich immer die, die oft vor Ort den Menschen Antworten geben müssen. Der KNF ist dann in so einer Vermittlerrolle. Nicht die Standortgemeinde muss das alleine diskutieren, sondern wir haben ein gemeinsames Dach gebildet, um bei den Themen, die kritisch sind – Stichwort Wasser, das ist hier auch mehrfach angesprochen worden –, eine andere Arbeitsebene zu bekommen.

Ihre Frage war: Was machen Sie mit all diesen Konzepten und Studien? – Wir nutzen sie teilweise ganz pragmatisch. Wenn wir Maßnahmen daraus ableiten, werden die dann in den Kommunen bearbeitet. Teilweise sind Studien auch gut, um mit den Ebenen beim Land eine Diskussion zu führen und zu sagen: Hier, das ist eine gemeinsame Grundlage. – Explizit bei dem Thema Groß Glienicker See sind die beiden Landesbehörden involviert. Wir machen dieses Projekt gemeinsam über den KNF, weil das die einzige wirksame institutionelle Ebene ist, die über beide Grenzen hinweg das darstellen kann, was die Fördermittelverwendung angeht. Solche Konstellationen würde ich mir auch in Zukunft noch mehr wünschen. Vielleicht lässt sich das auch ein Stück besser ausgestalten, denn die Prozesse haben ungefähr anderthalb Jahre gedauert. Das lässt die Menschen vor Ort irgendwann unruhig werden und mit Fragezeichen dastehen: Ihr redet immer über dieses Projekt, aber es kommt nicht. – Wir sagen immer: Ja, wir müssen das abstimmen. – Es ist ein Wunsch, dass diese Zusammenarbeit ein Stück erleichtert oder auch präzisiert wird. – Jetzt muss ich noch mal auf meinen Zettel schauen.

Vorsitzender Andreas Otto: Können Sie zum Beispiel noch etwas zum Thema gemeinsame Bebauungspläne sagen?

Bernd Rubelt (Kommunales Nachbarschaftsforum Berlin-Brandenburg e. V.): Das ist innerhalb des Landes Brandenburg, wo ich das sehen kann, möglich, aber aufgrund der unterschiedlichen Strukturen habe ich meine großen Zweifel, ob es über die Bundesländer hinweg funktioniert. Die Gesetzesgrundlagen für diese Zusammenarbeit müssten möglicherweise überprüft werden, obwohl wir alle das Baugesetzbuch anwenden. Es gibt die Möglichkeit, in Brandenburg über Zweckverbände oder Zusammenschlüsse gemeinsame Flächennutzungspläne zu machen – das ist tatsächlich legal nur für die Landesplanung bei den Bundesländern möglich –, und in Brandenburg gibt es auch nicht viele gute Beispiele. Ich würde mir das wünschen, insbesondere, was die Gewerbeplanung angeht, und auch der Bereich Wohnen ist sicherlich geeignet, um bessere Antworten zu finden.

Wir als Verein stehen zurzeit tatsächlich eher auf dem Standpunkt, dass wir unsere Pläne erst mal gemeinsam auf den Tisch legen, was auch nicht gewöhnlich ist. Das heißt, wir diskutieren dann gemeinsame Raumentwicklungen und reagieren eher auf dieser Ebene miteinander und können möglicherweise frühzeitig Konflikte erkennen. – So weit erst mal von mir.

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Ich habe gesehen, dass Herr Kraft noch eine Nachfrage stellen will. Das würde ich ganz kurz zulassen. Weitere Fragen sehe ich jetzt nicht. – Bitte schön!

Johannes Kraft (CDU): Vielen Dank! – Ganz kurz, weil Sie darauf nicht eingegangen sind: Ich greife auch das auf, was der Kollege Otto gerade nachgefragt hat. Bebauungspläne sind das eine, aber es gibt Planfeststellungsverfahren und Plangenehmigungsverfahren, bei denen häufig die Berliner und Brandenburger Seite als Träger öffentlicher Belange jeweils einzeln beteiligt sind. Meine Vermutung ist – und ich wäre für eine Antwort dazu dankbar, ob Sie das auch so wahrnehmen –, dass da viel zu wenig Abstimmung erfolgt.

Zweite Frage: Wäre es nicht sinnvoll, wenn es sich das KNF zur Aufgabe machen würde, solche Genehmigungsvorhaben auf dem Schirm zu haben und die einzelnen Kommunen, die betroffen sind, zusammenzubringen?

Vorsitzender Andreas Otto: Bitte schön!

Bernd Rubelt (Kommunales Nachbarschaftsforum Berlin-Brandenburg e. V.): Ja, das wäre tatsächlich wünschenswert. Das habe ich gerade nicht beantwortet, aber im Kern geht es ja darum: Es gibt ein Bundesrecht, ein Planfeststellungsverfahren, und die Frage ist, wie das dann tatsächlich organisiert wird, wenn es grenzüberschreitend läuft. Wir als Verein würden uns eine frühzeitige Einbindung wünschen, kriegen das natürlich nur als betroffene Kommune auf den Tisch. Der Weg ist eher ein anderer, als dass man möglicherweise direkt informiert wird. Es wäre sicherlich ein Weg, um uns als Verein frühzeitig zu nutzen, um auch ein Stück an Konfliktbearbeitung zu leisten oder Konflikte frühzeitig zu erkennen, die man bislang von Behördenseite nicht gesehen hat. Im Kern ist das legal schon so definiert, lässt aber tatsächlich viele Fragen offen, in einer gemeinsam wachsenden und sich gemeinsam entwickelnden Region. Das ist sicherlich ein Thema, mit dem man sich beschäftigen muss.

Das betrifft vielleicht auch den Punkt, den ich auch noch auf dem Zettel habe, Rettungshubschrauber und solche Fragen: Wie arbeitet man auch bei solchen sehr wichtig gewordenen Themen von Sicherheit und Ordnung zusammen? – Da gibt es tatsächlich zurzeit nur landeseigene Strukturen. Wir als KNF sind noch nicht so richtig in dieses Thema eingestiegen. Das wäre vielleicht auch ein Thema, das ich mal in den Vorstand mitnehmen kann, um dort die Diskussion auch in diese Richtung zu bringen.

Vorsitzender Andreas Otto: Herzlichen Dank! – Wir haben, glaube ich, eine ganze Menge gelernt, Anregungen bekommen, über Ihre Arbeit erfahren. Sie bringen quasi Behörden zusammen, Sie bringen Strukturen zusammen, die das von sich aus manchmal vielleicht gar nicht so könnten. Das ist interessant und sehr wichtig. Ich glaube, wir werden das weiter beraten. Wir machen, wenn das Wortprotokoll vorliegt, hier auch noch mal einen zweiten Termin dazu. Ich will als Bild vielleicht mal formulieren: Hier ist wieder die Frage nach einer Länderfusion gestellt worden. Eigentlich müssten wir durch etliche Staatsverträge die Sachen mehr so regeln, zusammenbringen und angleichen, dass sich diese Fusionsfrage gar nicht mehr stellt, weil die Bürgerinnen und Bürger gar nicht mehr merken, in welchem Bundesland sie sind. Das wäre so eine Vision.

Ich gucke noch mal zum Staatssekretär. Wollen Sie noch etwas beitragen?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Ja, ich bedanke mich natürlich für den Impuls heute. Die Bedeutung der Zusammenarbeit mit Brandenburg habe ich hier für den Berliner Senat und speziell für die Senatskanzlei schon des Öfteren dargestellt. Sie ist in jedem Fall da, auch mit Blick auf die Frage, die Sie, Herr Vorsitzender, gerade erwähnten, nämlich dass wir die Zusammenarbeit über Staatsverträge vertiefen. Weitere Staatsverträge kann ich mir grundsätzlich vorstellen und fände das auch sehr gut. Ich glaube aber nicht, dass man am Ende, auch wenn man unzählige Staatsverträge schließt, nicht mehr merkt, in welchem Bundesland man sich befindet. Das wäre erst in dem Moment so, in dem wir tatsächlich eine Länderfusion hätten. Gleichwohl unterstützen wir es ausdrücklich, dass wir dort, wo durch die Zusammenarbeit und gemeinsame Behörden und Gerichte Synergieeffekte erzielt werden können, weiter gemeinsam arbeiten. Das begrüßen wir sehr und ergreifen auch gerne die Initiative.

Zu diesen Themen heute, was auch Raumordnungsfragen und Verkehrsinfrastruktur angeht: Auch darüber haben wir hier schon des Öfteren gesprochen. Ich würde an der Stelle nur anregen, gerade weil ich dieses Thema so wichtig finde, dass das vielleicht bei Gelegenheit in den zuständigen Fachausschüssen noch einmal vertieft wird, insbesondere im Ausschuss für Stadtentwicklung, aber auch im Ausschuss für Verkehr. – Das ist vielleicht eine Anregung auch an Sie, Herr Vorsitzender, dass Sie das an die Kollegen herantragen. – Ich glaube, es bringt einen ganz konkreten Mehrwert, wenn man es an der Stelle diskutiert und darüber in den Austausch eintritt.

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Damit sind wir mit dem Tagesordnungspunkt durch. Ich bedanke mich noch einmal bei Ihnen, Herr Rubelt. Sie können hier sitzenbleiben, aber Sie müssen sicherlich Ihrem Tagwerk nachgehen. – Vielen Dank und auf Wiedersehen!

Bernd Rubelt (Kommunales Nachbarschaftsforum Berlin-Brandenburg e. V.): Vielen Dank!

Punkt 2 (neu) der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

**Bericht aus der Senatskanzlei, einschließlich
aktueller Fragen auf Bundesrats- und Länderebene**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

**Aktuelle Fragen auf Europaebene, insbesondere EU-
Angelegenheiten von Berliner Relevanz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Zukunft der parlamentarischen Konferenz Berlin-
Brandenburg**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0206](#)
BuEuMe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2023
**Berliner*innen besser vor ernährungsbedingten
Erkrankungen schützen – Bundesratsinitiative für
eine Herstellerabgabe auf zuckerhaltige Getränke**

[0176](#)
BuEuMe(f)
GesPfleg*
Recht

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 (neu) der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/2221
**Neue Perspektiven, klare Maßnahmen: Berlins
Asylpolitik an die veränderte Lage in Syrien
anpassen**

[0186](#)
BuEuMe(f)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2065
**Schutz vor sexueller Belästigung verbessern:
„Catcalling“ unter Strafe stellen**

[0178](#)
BuEuMe(f)
IntGleich*
Recht*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 9 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Mehrfähriger Finanzrahmen der Europäischen
Union 2028-2034**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0221](#)
BuEuMe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 10 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.